

RENTNERISCHES

Für Alte und solche,
die es werden wollen



Nr. 78
Winter 2026

AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Hassrecherchen aus
Berlin gegen Jena und
Grüne

Anschlussverwertung
für Staatskanzleimann

Erregung umstrittenen
Aufsehens gegen
Sensibilität



Stadtgespräch



Wenn die Jenaer CDU anregt, dass die Stadt die Entfernung von Graffiti mitfinanziert, wäre dann nicht auch zu überlegen, ob man Jens Thomas, Katharina König-Preuß und Lena Saniye-Güngör gesamtschuldnerisch in Haftung nehmen kann?

Zeitungsmeldungen zufolge hat die Jenaer CDU den Vorschlag ausgegeben, einen städtischen Zuschuss zu den Kosten für die Beseitigung von Hauswandschmierereien zu zahlen. Ob die CDU glaubt, es gebe eine Mehrheit, der die Beschmierungen nicht gefallen, oder ob sie der Graffiti-Szene eine mittelbare Förderung zukommen lassen will, geht aus den Nachrichten nicht hervor.

Wir sind stolz, dass Jena ein sicherer Raum für Antifaschismus ist, wo Antifaschisten ohne Angst sein können.

Faschismus gegen andere, meinen manch andere.

Nun wäre es eine Überlegung, ob die Vernetzung der Aktivisten gesamtschuldnerisch belangt werden kann für den Schadenersatz. Die Stadt hätte durch die Übernahme von Kosten ein Durchgriffsrecht auf die Sachbeschädi-

ger, zivilrechtlich möglicherweise auf alle nach BGB Beteiligten. Vor jeder Demonstration könnte von allen Teilnehmern ein Anteil an den Kosten für die Beseitigung der Demonstrationssparole, die an Häuserwände geschmiert wurde, eingezogen werden.

Oder man streicht die Fördermittel für die Szene.

Wir baten darum die Jenaer CDU um die Mitteilung, ob aus Sorge vor Gewalttätigkeit auf die Forderung verzichtet wird, finanzielle Zuwendungen an das Milieu zu streichen, das die Schmierereien vornimmt, beziehungsweise besagtem Milieu die Schäden gesamtschuldnerisch in Rechnung zu stellen, also Jens Thomas, Katharina König-Preuß und Lena Saniye-Güngör in Haftung zu nehmen.

Die zivilrechtliche Rechtsverfolgung müsste höchststrichterlich geklärt werden, genannte Parteibonzen dürften daran

interessiert sein, so betrachtet zu werden, wie sie es politisch selbst betreiben gegenüber anderen,



denn nach der Wende, die eine Restaurierung des Rechtsstaates mit sich bringen sollte, könnten sie sich auf den Grundsatz *ne bis in idem* berufen.

Leider erhielten wir von der Jenaer CDU keine Antwort, so dass die Interpretation ins Mutmaßliche führen muss. Wollte die CDU sich keinen gewalttätigen Ärger einhandeln, oder will man uns in dem Glauben lassen, es sei gefährlich, solche Erwägungen anzustellen? Wie wir die CDU kennen, ist sie derzeit zu sehr damit beschäftigt, über Friedrich Merz begeistert zu sein. ●



Oberbürgermeister hält weniger Wohlstand für mehr Sicherheit für eine gute Idee oder für irgendwas, womit man Politik vermitteln kann

Ein Gespräch in der Lokalzeitung lässt sich so verstehen, dass Oberbürgermeister Nitzsche der Auffassung ist, wir brauchen mehr Sicherheit und müssen dafür weniger Wohlstand inkaufnehmen. Als Oberbürgermeister der größten Kleinstadt und hellsten Lichtstadt hat er selbstverständlich das Große und Ganze im Blick, das den normalen Bürgern von unten betrachtet ganz unüberschaubar vorkommen muss. Und da kommt er nun zu dem Schluss, dass die Weltlage verlangt, den Wohlstand, den man verteidigen würde, für die Verteidigung auszugeben, so lässt es sich in der Zeitung herauslesen.

Das bedeutet entweder: Thomas Nitzsche ist verrückt.

Oder er wurde geschult und gebrieft, damit er noch was werden kann im postliberalen Zeitalter. Der Wohlstand ist je nach bevorzugter Formulierungsweise weg oder geht flöten, das Land wird ruiniert und zur Konkursmasse gemacht, damit die Verteilungsgerechtigkeit hergestellt werden kann. Das merken alle. Dann muss man ihnen einreden, ja, das ist für die Sicherheit. Dagegen lässt sich schwerlich argumentieren, zum einen, weil niemand das Fachwissen hat, um gegen die politische Kaste anzuschwurbeln, und zum anderen, weil das dem Feind nützen würde.

Für Sicherheit müssen die Parteihofschrannen noch weniger können als für Klima, die Klimaagenten müssen noch farbige Blättchen gegen Klimaleugner gestalten lassen können.

Weniger Verschwendung in der Stadt wäre entgegen dem ersten vulgären Impuls kein geeignetes Mittel, denn das Geld kriegt immer jemand, dessen Wohlstand dann auch schon beseitigt wäre, und das ohne Erhöhung der Sicherheit. ●

Prämie für Stilllegung

Klimabeirat und Dezernentin für Grünes geben die Idee bekannt, zur Klimasanierung den Ausstieg aus dem Auto und dessen Stilllegung mit einer Belohnung zu prämiieren. Als ob die Rettung der Weltdurchschnittslufttemperatur nicht schon Lohn genug wäre.

Ampelanzeige

Ampeln wurden mit einer Anzeige ausgestattet, die zeigt, in wievielen Sekunden für Fußgänger auf Grün geschaltet wird. Damit soll das Herunterzählen wieder emotional positiv besetzt werden mit etwas, worauf man wartet.

Protest

Gegen den Besuch des Bundeskanzlers formierte sich laut DPA Protest von zweihundert Menschen, wobei die meisten nicht aufs Foto gepasst haben, sie forderten „Fritz in die Saale“. Die Protestierer haben ihr Vorhaben geheimgehalten und konnten somit die CDU-Schläger austricksen. Zum Glück forderte niemand „Bärbel und Lars hinterher!“, das wäre menschenfeindlicher Hass gewesen.

Wohnwerbung

Die Prämie für den Wohnsitz in Jena ist ein Erfolg. Man gewinnt gezielt Bürger als Jenaer, die sich käuflich zeigen.





Der linke Radikalismus, die Alterskrankheit im Liberalismus

Da gibt es wieder eine Kampagne von steuerbord gegen die Jenaer Demokratie. Apollo-News behauptet, recherchiert zu haben: „Die Stadt Jena finanziert einen Treffpunkt der autonomen Antifa, der vom Thüringer Verfassungsschutz als Informations- und Kommunikationszentrum der linksextremistischen Szene beobachtet wird. Es handelt sich um den Infoladen Jena, der im Grünen Haus untergebracht ist – einer Immobilie, die einem Verein der örtlichen Grünen gehört.“

Was, vom Verfassungsschutz beobachtet? Von unserem? Thüringer?

Wohl höchstens, um sich mit Informationen zu versorgen, oder wie?

„Auf verschlungenen Wegen landeten in den vergangenen fünf Jahren 41.428 Euro aus der Stadtkasse bei den Betreibern des autonomen Treffs.“ Der Stadt wird unterstellt, die Finanzierung zu verschleiern versuchen gewollt zu haben. „An wen genau das Steuergeld gezahlt wird, hält sie immer noch geheim. Die Betreiber des Infoladens selbst treten, wie in linksextremistischen Kreisen üblich, gegenüber der Öffentlichkeit nur als anonymes Kollektiv mit intransparenter Organisationsstruktur auf.“ Nur wegen Transparenzgesetz hätte die Stadt etwas herausgeben müssen.

„Das Geld fließt nicht direkt aus der Stadtkasse an den vom Verfassungsschutz beobachteten Infoladen, sondern über einen Umweg mit zwei Zwischenstationen.“

Die Rechtsformen der Stationen spielen laut Stadt keine Rolle. Die „Jugend-, Aktions- und Projektwerkstatt hat zwar eine Internetseite, doch auf dieser fehlt jede Information darüber, wer dahintersteckt. Es werden keine Ansprechpartner genannt und keine Verantwortlichen, auch kein Verein oder eine andere Trägerorganisation, nur die Adresse des Grünen Hauses, eine Festnetz-Telefonnummer und eine anonyme E-Mail-Adresse mit dem konspi-

rativen Aufruf: „Bitte verschlüsselt eure E-Mail! Verschlüsselte E-Mails werden priorisiert behandelt!“

Na ja. Hier ist Jena, da braucht man kein Impressum, Impressumspflicht ist was für Ungeförderte.

Wir nehmen aber Informationen aus fragwürdigen Internetecken nicht einfach so hin, wir sind Kumpel und fragten darum bei der Pressestelle der Stadt, ob die Bewilligung der Gelder aufgrund getätigter oder implizierter Drohungen aus der geförderten Szene beziehungsweise aus Presse und Partei erfolgt und was über personelle Überschneidungen und Beziehungen zwischen Geldbewilligern und Geldempfängern bekannt ist.

Das wird die Pressestelle gar nicht wissen und hat darum keine Antwort gegeben. Wir sind schon froh, dass sie nicht geantwortet hat: Jena setzt starke Zeichen für die resiliente Demokratie mit dem klaren Bekenntnis zur Nichtregierungs-RAF.

Hilfe dabei, das alles einzuordnen, erhofften wir uns durch die Anfrage an die Pressesprecherei des Bundespräsidenten bezüglich der gewalttätigen Blockierer und Angreifer des Wochenendes in Gießen, bei dem fünfzig verletzte Polizisten gezählt wurden: Sind es diejenigen, die unsere Demokratie angreifen, oder tun sie, was getan werden muss?

Wir haben extra einfach gefragt, aber auch das blieb unbeantwortet.



Unterstellt ein Zentralredakteur unseren Politikern, unzureichend zu überlegen?

Unsere Lokalzeitungen haben den wichtigen Teil aus der Zentralredaktion, so ist ein „Stellvertretender Chefredakteur und Ressortleiter Politik und Wirtschaft verantwortlich dafür, dass FUNKE Berlin die richtigen Themen zur richtigen Zeit setzt – und mit exklusiven Inhalten weithin wahrgenommen wird. Credo: Der beste Dienst an Leserin und Leser ist die Information aus erster Hand.“ Jener nun befindet aus seiner ersten Hand dazu, wie „wir Trumps Zensur-Keule abwenden“ können: „Deutschlands Politiker sollten sich gut überlegen, in welchen Fällen sie Bürger wegen ‚Politikerbeleidigung‘ mit Anzeigen überziehen und Hausdurchsuchungen auslösen.“

Was? Soll das heißen, unsere Politiker hätten das nicht getan? Die Politiker, denen wir vertrauen sollen, könnten Überlegungen unterlassen haben oder nicht gut genug überlegt haben oder die Folgen ihres Tuns nicht einberechnen? Wer das behauptet, leitet doch das Wasser auf die Axt, die am Stamm unseres Bodens der Demokratie liegt, etwa nicht?

Sein Artikel handelt davon, dass solche Narrative befeuert werden

und diejenigen, die bei dem Kampf gegen Hass im Netz von Zensur reden, die Verfassung nicht verstanden haben, die verbietet Zensur, „bewahrt die Bürger aber nicht vor Widerspruch“, die Bürger halt, oder um in Correctiv-Formulierung zu sprechen: Wir wissen ja, was das heißt. Die Dummen da unten, denen eingeredet wurde, eine Meinung zu haben, während die Politiker von ihrem Sonderschutz nicht übermäßig Gebrauch machen mögen.

Denn die Politik müsse „aber auch die gefühlte Meinungsunfreiheit ernst nehmen. Das Abstempeln aller möglichen Meinungsäußerungen als politisch unkorrekt oder unzureichend woke, ist wenig hilfreich.“ Meinungsunfreiheit gibt es nur als gefühlten Zustand. Was der Zentralredakteur aber als abgestempelt bezeichnet, ist dann doch notwendigerweise von Links abgestempelt, oder? Doch.



Nun fragen wir natürlich nach, denn vor Nachfragen sind auch Journalisten nicht bewahrt: Was veranlasst Sie zu der Annahme, dass die Politiker, die gut überlegen sollen, das nicht getan hätten und die Folgen nicht absehen? Worauf stützen Sie den impliziten Befund, dass das Abstempeln von Links vorgenommen wird?

Dazu hat er uns keine Auskunft gegeben.

Die Selbstzensur wirkt entweder, oder er verrät seine Quellen nicht.



Lehrkräfte umgehen Schwächeanfall

Die Angelegenheit können wir nicht überprüfen, aber wir können die darauf fußende Verschwörungstheorie entkräften.

Folgendermaßen wurde es uns dargestellt, Jenaer Schule, die Schüler üben Demokratie und spielen Wählen, auf den Wahlzetteln stehen alle für Jenaer Lehr-

So weit entspricht es dem Retro-Jena, wie wir es kennen. Doch besonders Übel-denkende haben den Generalverdacht, das ist Neu-Jena und da ist es der Plan, die Kinder auszukund-schaften.

Wenn eins sagt, was ist mit der Op-positionspartei, dann gibt es den Ak-tenvermerk.

Von den Lehrern kann es das nicht haben, von den Mitgeschulten auch nicht, aus dem Fernsehen auch nicht, bleiben Eltern und Familie mit wirrem Onkel am Weihnachtstisch. Problemfamilie, abgehängt, gesichert verdächtiger Beobachtungsfall. Während die Wahl geheim wäre, müsste sich jemand, der das Fehlen einer Partei moniert, zu erkennen geben.

Das halten manche für eine vermutbare Möglichkeit. Diese Desinformation entkräften wir mit Argumenten und Fakten.

kräfte wählbaren Parteien zu-züglich FDP. Die als Opposition bekannte Gegenpartei steht nicht drauf.

Das sieht nun danach aus, dass die Jenaer Lehrer-Deppin-nensternchen-innen so voraus-schauend sind, die Wahlzettel den Schulkindern dergestalt zu präsentieren, wie sie sie dann vorfinden werden, wenn sie wahl-berechtigt sind. Oder es wird ja Demokratie geübt und nicht De-mokratie angreifen. Früher hätten die Lehrer noch vorab diskutiert, jetzt kommt niemand darauf, die Gegenpartei als gleichrangiges Wahlangebot vorzustellen, um nicht von den anderen Kollegen mit der Frage „Wer war das?“ kon-frontiert zu werden.



Zunächst würde das Wahlerge-bnis auf die Lehrer zurückfallen. Obzwar sie nichts dafür können, würden sie als möglicherweise umstrittene Lehrer politisch unge-bildeter Schüler dastehen. In die-ser Zwischenphase sind wir noch.

Entscheidender Fakt aber ist, die Lehrer haben einfach Stress vermieden. Ein gespieltes Wahl-ergebnis kann nicht rückgängig-gemacht werden. Warum sollen sie sich der Gefahr aussetzen, erschreckt zu werden. Es war Schockprophylaxe.

Das haben die natürlich so nicht gedacht und schon gar nicht so besprochen, sondern intuitiv dar-um herum gedacht.



Die Stadt gegen die Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Die, die von der Stadt, subordinierte Ebene, so ein Beirat, haben dem, dem Betroffenen, gesagt, er soll sich unbedingt mit seiner Sache ans Senioren-Akrützel wenden.

So haben die es nicht ausgedrückt, die sagten ihm, er soll nicht an die Öffentlichkeit gehen.

Worum es geht, ist trivial, was mit Chor und Singen und einem selbstherrlich-willkürlichen Ausschluss, wie es in dem Milieu der Kämpfer für mannigfaltige Selbstgerechtigkeit so typisch ist.

Die Sache ist nun, dass der sich an die Bundesantidiskriminierungsstelle wendete, und von da erhielt er nach Würdigung des Sachverhaltes den Befund: ja, das ist Diskriminierung, es stände ihm eine Entschädigung in der Größenordnung von zehntausend Euro zu.

Diese Schadenshöhen werden so bemessen, dass sie eine präventive Wirkung entfalten sollen.

Der hat nun Klage eingereicht, danach setzten die einen Termin zum Gespräch an und gaben zu erkennen, die sähen dem Prozess gelassen entgegen und hätten überhaupt keinen Grund, sich für den einzusetzen.

Nun ist eine Feststellung so einer Bundesstelle kein Beweismittel, das Gericht befindet nach eigener Anschauung und bewertet eine Schadenssumme nach eigener Abwägung, so soll es ja auch sein, indes neigen Gerichte dabei schon dazu, eine behördliche Expertise einer Bundesstelle für relevant zu halten.

Richter streiten gewöhnlich nicht ab, denjenigen zugeneigt zu sein,

die sich kompromissbereit zeigen und einen Vergleich anstreben. Im vorliegenden Fall müsste ein Vergleich die Aufhebung der Diskriminierung beinhalten, das ist denen von der Stadt allem Anschein nach nicht von Bedeutung. Ist ja auch nicht deren eigenes Geld.

Selbst wenn das Gericht die Klage, was die Summe angeht, überwiegend abweist, würde in der Sache die Diskriminierung festgestellt. Diskriminierung in der Stadt mit Jenamentalität, in der Zuständigkeit der grünen Dezernentin und des SPD-Dezernenten, auch der Finanzbürgermeister hat sich mit diesem kleinen Betrag noch nicht beschäftigt in dem Sinne, den Verlust abzuwenden. Der Gesichtsverlust für die Stadtgesichter wäre ja ohnehin nur gegeben, wenn die Öffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt würde, und das soll der nicht, das haben die ihm aufgetragen.

In dem laufenden Prozess gilt für die Stadt natürlich die Unschuldsvermutung, wir wollen dem Urteil nicht vorgreifen, wir dachten nur, es interessiert Sie vielleicht, wie in der Stadt mit real existierender und von der Bundesstelle festgestellter Diskriminierung umgegangen wird. ●



Frage an den **AKRÜTZEL**-Briefkasten bezüglich des Ex-Staatskanzleiers: Wird Benjamin-Immanuel Hoff Ressortleiter beim Vorstand der IG Metall und beschäftigt sich der promovierte Sozialwissenschaftler dort mit politischer und gesellschaftlicher Analyse, interner Strategieentwicklung und der wissenschaftlichen Koordination mit der Hans-Böckler-Stiftung?

Ja. Genauer gesagt, weil wir gefragt wurden, ob die Meldung von uns ausgedacht wäre, das kommt nicht von uns, so steht es über den ehemaligen Rame-lowitsch und Multi-Tasking-Minister Benjamin-Immanuel Hoff in der Zeitung. Er wird *Ressortleiter beim Vorstand der IG Metall, dort beschäftigt sich der promovierte Sozialwissenschaftler mit politischer und gesellschaftlicher Analyse, interner Strategieentwicklung und der wissenschaftlichen Koordination mit der Hans-Böckler-Stiftung.*

Über den Grad an Wahrheitsgehalt lassen sich keine Schlussfolgerungen ziehen. Manche halten es für unwahrscheinlich, dass er irgendwas koordiniert. Aber

wenn, dann garantiert die interne Strategieentwicklung auf Grundlage seiner politischen und gesellschaftlichen Analyse mit der Hans-Böckler-Stiftung. So ist gewährleistet, dass die Ressortleitung des promovierten Sozialwissenschaftlers nicht unkoordiniert politisch und gesellschaftlich analysiert und die Strategie nicht in interner Entwicklung stecken bleibt.

Was zu der Frage führt, wie bisher der Vorstand der IG Metall die politische und gesellschaftliche Analyse vorgenommen hat, intern Strategien entwickelte und wissenschaftlich mit der Hans-Böckler-Stiftung koordinierte.

Er wird an den Job gekommen sein, indem er früh von der Aus-

schreibung erfahren hat; gesucht wird jemand mit Fähigkeiten in politischer und gesellschaftlicher Analyse und interner Strategieentwicklung sowie Erfahrungen in wissenschaftlicher Koordination.

Ein Empfehlungsschreiben könnte er auch gekriegt haben, das ihm einen klaren Kompass bescheinigt und ständiges Bemühen, die Aufgaben als Vordenker zu erfüllen.

Laut Lenin ist die Gewerkschaft der Transmissionsriemen der Partei. Das war in der Zeit der Maschinen, Elektrifizierung des Landes, damals gab es noch keine Zivilgesellschaft und keine Künstliche Intelligenz, da könnten neue Metaphern benötigt werden, zum Beispiel „der Algorithmus“. ●

Wieder eine Zusage des Bundeskanzlers, bei der wir lieber nachfragen

Der Bundeskanzler hat bei seinem Besuch in Israel gesagt, „Wir werden immer an der Seite dieses Landes stehen“, so wird er zitiert. Wenn der Bundeskanzler im Ausland „wir“ sagt, meint er die Bundesrepublik Deutschland. Wenn er in Israel „dieses Land“ sagt, meint er Israel.

Er meint doch Israel?

Man muss bedenken, der Bundeskanzler ist Friedrich Merz. Man wäre nicht überrascht gewesen, wenn er gesagt hätte, wir sind nicht an der Seite Israels, die SPD wollte das nicht.

Darum erbaten wir bei der Pressesprecherei der Bundesregierung die Klarstellung, ob der Kanzler Israel gemeint hat oder ob mit Hin-

blick auf die Lage in Deutschland „dieses Land“ auch das befreite Palästina heißen könnte. Wäre ja das gleiche Land, geographisch zumindest. Leider erhielten wir keine Antwort; so genau werden die das gar nicht beurteilen können. Kann auch sein, seine Ansage, wir stehen an der Seite Israels, würde als Abkehr von Israel verstanden. ●

IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Druckerei Schöpfel, Weimar. Verteilte Auflage 3.000 Exemplare

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de JenaerSeniorenzeitung@gmx.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Manches kann die Lokalzeitung eben nicht bringen, auch wenn ein Lokalpolitiker meint, sie müsse

Bertram Pelzer, für die Freien Wähler in den Stadtrat gewählt, das ist der, der die Asylunterkunft besuchte auf der Suche nach Arbeitern, die er anstellen könnte, und dortselbst erfahren hat, die dürfen gar nicht, erst wenn nach ein bis sieben Jahren der Antrag entschieden ist, und dann dies im Stadtrat vortrug mit der Forderung, das müsse doch beschleunigt werden, wozu Oberbürgermeister und Dezernentin betreten bis verärgert geguckt haben nach seiner einseitigen Interpretation, der also hat politische Unruhe verursacht mit etwas, das früher nicht einmal politische Beachtung gefunden hätte, er brachte drei sichtbare Sichtbanner auf seinen Grundstücken an, die ausgelegt wurden als kanzlerfeindlich und geschichtsvergleichend. Wer den wählt, wählt Krieg, so war zu lesen, das vergleicht aber den Zweiten Weltkrieg mit dem Dritten, das geht bekanntlich nicht. Und das gerade zu der Zeit, als der Kanzler sich anschickte, in Jena zu weilen, zufällige Koinzidenz.

Das Angebot der CDU, das er nicht ablehnen konnte, bewog ihn dazu, diesen unteren Teil ab-

zuschneiden. Die Weltlage wurde vorerst gerettet, weil der Kanzler nicht geschwächt worden war.

Darauf nun meldete sich die Lokalzeitung bei ihm und befragte ihn zwecks Klärung des Sachverhalts.

So weit ist alles ganz nachvollziehbar aus Sicht aller.

Bertram Pelzer fühlte sich dann so, wie sich alle politischen Laien fühlen würden, wenn sie von den Medien etwas gefragt werden, nämlich ernstgenommen oder wenigstens wichtig, darum verfasste er ein Statement mit Prinzipien, Parolen und Paralipomena in der Annahme, die Zeitung würde das, nach Einsetzen von einigen Kommas, so drucken mögen.

Was natürlich keine Zeitung tut, die unsrige lokale auch nicht.

Nicht, dass die nie Verlautbarungen brächten, dann aber von den wichtigen Politikern der richtigen Parteien und als Konsens. „5. Die Geschichte von Napoleon und Hitler darf sich nicht wiederholen!“ ist auch Konsens, aber es geht schon los bei der Frage, welche Geschichte jetzt konkret Hitler und Napoleon hatten. „2. Krieg hat keine Gewinner außer Black-



DIE WÄHLER STELLEN SICH DAS SO VOR, DASS SIE IHREN ABGEORDNETEN EIN MANDAT GEBEN UND DIE DANN STELLVERTRETEND FÜR SIE AUSGESTOSSEN WERDEN.



Rock!“ wäre anschlussfähig an die Linksjugend, ist aber darum ohne Neuigkeitswert, wie ihn die Presse bräuchte. Die Zeitung kann nicht bringen: „Stadtrat mit Paukenschlag: Gestartete Thesenliste macht die Runde.“

Wie wir es immer wieder feststellen, das Zeitungsdeutsch ist nicht geeignet, irgendetwas auszudrücken, das nicht aus der Machtposition heraus verlautbart wird.

Vielleicht schlägt Bertram Pelzer seine Thesen an das Tor der Stadtkirche. Das gäbe die nächste Aufregung.

Unerledigte Fälle

Da das Senioren-Akrützel nicht mehr per Mail versendet werden kann, ist weniger Platz als im Internet, so dass wir uns mit manchen Dingen nicht gebührend befassen können, zum Beispiel mit den folgenden.

Teile von statdrätischer FDP und CDU fordern eine „ehrliche Haushaltspolitik“. Da hätten wir gewöhnlich nachgefragt, ob jemand bekannt wäre, der Ehrlichkeit in die Politik einbringen könnte.

Auf MDR Kultur zitierte ein Moderator einen Spruch aus der Werbung und sagte, das war, „als Werbung noch originell und witzig sein durfte“. Gern hätten wir ihn um die ergänzende Mitteilung gebeten, wer über Verbot oder Erlaubnis bestimme und ob es dafür eine demokratische Legitimierung gebe.

Luisa Neubauer sagte in einem Podcast mit einer Moderatorin öffentlich-rechtlicher Abscheulichkeit, *Erfahrungswissen* der Alten wie etwa von Kubicki verliere Bedeutung, wogegen das *Zukunftswissen* eine Kompetenz der Jungen sei. Wirklich, Zukunftswissen statt Erfahrungswissen, Luisa Neubauer. Wie man an die eine Anfrage richten kann, hätten wir ermitteln müssen, wir hätten gefragt, was ist, wenn das Erfahrungswissen lehrt, dass Zukunftswissen ein Synonym für Müllgeschwätz ist, und ob sie damit rechnet, alt zu werden und dann weder über Erfahrungswissen noch über Zukunftswissen zu verfügen.

Ein Gewährsmann sagte uns, eine Arztpraxis nimmt keine Patienten mit Arbeitsunfällen an wegen Ärgers mit der Berufsgenossenschaft. Das ist nicht unbedingt ein Fall für eine Anfrage an die Politik, weil den Politikern einfällt, gesetzlich zur Annahme von Arbeitsunfall-Patienten zu verpflichten, was das Problem nicht beheben würde. Bei der Berufsgenossenschaft könnten wir fragen, ob sie eigene Ärzte anstellen möchte, vielleicht macht sie das auch schon.

Eine regionale Antisturmabteilung hat eine Feindesliste veröffentlicht mit Namen örtlicher

Andersmeindender, Corona-Demonstranten und solche aus der Gegnerschaft. Senioren-Akrützel ist nicht darunter, offensichtlich sind sie davon eingeschüchtert, dass das den Stoff für die nächsten achtundvierzig Karikaturen abgeben würde. Die Denunzierten müssten wieder demonstrieren, auf dem Holzmarkt, gegen die Finanzierung und Aufwertung der Denunzianten durch die Jenaer Hofgesellschaft zu Demokratielebenden. Haben sie nicht gemacht,

zeigen damit, mit ihnen kann man es machen. Anzeigen erstattet haben sie. Na dann. Wir hätten die Exponierten bei Hofe gefragt: Wer ist der größere Lump, der Denunziant oder der, der ihn aufwertet?

Womit wir beim bizarren Fall von Jakob Augstein wären, *Spiegel*-Erbe, so eine Art Jan Böhmermann ohne die Ambition, als witzig zu erscheinen. Dass der *Spiegel* so wurde, wie er ist, wird maßgeblich ihm zugerechnet. Er nun nennt Jan Böhmermann einen der Schlimmsten und, zeitungsteildeutsch formuliert, rechnet ab mit/teilt aus gegen/geht ins Gericht mit Grün-Links. Dazu fällt auch uns nichts mehr ein. ●



Jenaer Impressionen



*Das müssen
Sie haben*



Und andere
www.solibro.de

VERKAUFT

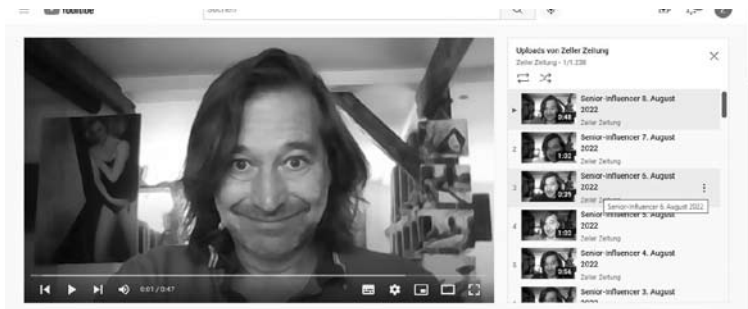


Andere sind noch da
www.bernd-zeller-cartoons.de
Gemälde

Kinderbuchklassiker
CAROLINWOMAN

als kostenloses Gratis-PDF
zum Umsonst-Herunterladen für 0,- Euro
ohne Bezahlschranke
auf www.zellerzeitung.de
unten bei den Klassikern

Das müssen Sie gucken
Senior-Influencer



Auf Youtube
oder www.zellerzeitung.de



ANERKANNTER KARIKATURIST
ZEICHNET PORTRÄTKARIKATUREN
VON ALLEN GÄSTEN, DIE WOLLEN
03641-619434 in und um Jena
ab 300,- €



Wegen Fachkräftemangels: Viele Stellen von Gleichstellungsbeauftragten, Klimaschutzkoordinationsagenten und Hassmeldestellen bleiben unbesetzt



Wartet vergeblich auf Bewerbungen:
Kommissarisch amtierender Personalchef

Waren bisher nur Ministerposten und Stellen von Staatssekretären unbesetzt, weil kein geeignetes Personal zur Verfügung stand, erreicht der Fachkräftemangel nunmehr die Ebene der Beauftragten vor Ort. „Wir haben die Anforderungen an die Qualifikation schon drastisch reduziert, aber es gibt so gut wie keine Bewerber mehr, die die notwendigen Fähigkeiten vorweisen können“, heißt es aus dem Bereich Personalwesen. „Wir setzen auf mehr Bildungsoffensiven und gezielte Schulung“, so die Perspektive. Bis es so weit ist, könnten viele wichtige Tätigkeiten unerledigt bleiben.

Eine Zeitung darf sich nicht mit den Lesern gemein machen



Zugegeben, es klingt verlockend, wenn Stimmen laut werden, die lokale Redaktion solle aus der Perspektive der Leser auf die da oben in der Politik schauen – verlockend aus Sicht der Leser, zumindest dem Anschein nach. Aber stimmt das überhaupt? Würden wir uns auf diese Ebene begeben, hätten wir gar keine Dienstleistung mehr zu erbringen. Die Verbindungen in die Welt der Wichtigen wären gekappt. Das kann niemand wollen. Die gelegentlichen Fotos von Baustellen und Hunden sind genug Lesernähe.

Studie: Betriebe und Läden schließen, weil die Leute schon alles gekauft haben



Experten könnten vor einem Rätsel stehen, tun sie aber nicht, warum immer mehr Unternehmen aufhören. Man könnte denken, sie haben einfach genug. „Nah dran, aber genug haben die Leute, die schon alles gekauft haben“, wie das Institut für Wirtschaftsstudien bei der Vorstellung der Untersuchung „Insolvenz – Trend oder Mode?“ betont.

Ministerpräsident mit Mehrheit der Thüringer überwiegend zufrieden



Wie die Umfrage unter Mario Voigt zeigt, stimmt er ganz oder teilweise zu, dass die Thüringer mehrheitlich einen guten Job machen. „Nicht alle sind den Anforderungen gewachsen, aber auch sie werden gebraucht“, so der Ministerpräsident gegenüber den Zeitungen, die sich der Auffassung anschließen.